Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 7. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 21.06.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

19. Stellenmehrbedarf wegen Aufgabenzuwachs Internet, Serviceportal, Social Media und Video - DS-Nr.: 5479 -

Die SPD-Fraktion bat die Verwaltung, die Beschlussvorlage zurückzuziehen. Sofern dies nicht erfolge, werde sie gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Die Stelle solle laut Beschlussvorschlag im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 geschaffen werden. Die Entwicklung im Bereich Social Media und Video sei allerdings nicht plötzlich Mitte dieses Jahres gekommen, sondern im Grunde schon bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen bekannt gewesen. Sie empfehle daher, die Angelegenheit bei den Haushaltsplanberatungen 2022 einzubringen, damit der Mehrbedarf auch im Zusammenhang mit den anderen Stellenmehrbedarfen sowie Finanzbedarfen abgewogen werden könne. Wie bereits bei vorangegangenen Tagesordnungspunkten geäußert worden sei, sei nicht alles Wünschenswerte auch zwingend erforderlich. Der Stellenplan weise für das Referat Presse, Kultur und Archiv 7,5 Stellen aus. Im Vergleich zu anderen Kreisen – auch wenn es sich nicht immer genau vergleichbar sei – sei das Referat gut, wenn nicht sogar sehr gut personell ausgestattet. Auch beim Büro des Kreistages, welches umfassende Aufgaben für die politischen Vertreter wahrnehme und sich um Wahlen kümmere, seien gerade einmal drei Stellen ausgewiesen. Des Weiteren habe das Referat Presse, Kultur und Archiv Stellen mit hohen Wertigkeiten. Die Verwaltung solle die genauen Gründe für den Stellenmehrbedarf darstellen und prüfen, ob nicht Umschichtungen von Aufgaben möglich seien.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass in der Vorlage umfänglich beschrieben sei, wofür die Stelle benötigt werde. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Pressestelle aufgrund der Coronavirus-Pandemie in den letzten Monaten gewaltig unter Druck gestanden habe. Die Anfragen hätten sich gehäuft und der Bürger wolle immer mehr Informationen. Da es sich um die Darstellung des Kreises nach außen handele, sollte die Verwaltung gut aufgestellt sein. Sie werde den Beschlussvorschlag unterstützen.

Die Verwaltung ergänzte, dass sich die inhaltliche Notwendigkeit aus der Vorlage ergebe. Die Ausweitung im Social-Media-Bereich verursache einen erheblichen Mehraufwand. Der Grund für die kurzfristige Entscheidung im Vorgriff auf den Stellenplan sei, dass eine Kollegin aus der Elternzeit zurückkomme und damit für eine Kollegin die Elternzeitvertretung im August d. J. ende. Es handele sich um eine hervorragende und bereits eingearbeitete Mitarbeiterin, die man verliere, wenn die Entscheidung erst im nächsten Jahr falle. In der Vergangenheit habe es den Konsens gegeben, dass die Verwaltung bei derartigen Situationen auch unterjährig Vorschläge einbringen könne.

Der Leiter des Referates Presse, Kultur und Archiv trug vor, dass die von der SPD-Fraktion geäußerte Rechnung mit den Stellen so nicht korrekt sei. Der Stellenplan des Referates sei nicht identisch mit der Pressestelle. Auch die Dotierung sei auf die Funktion als Referatsleiter, nicht als Pressesprecher zurück-

zuführen. Es gebe kein vergleichbares Referat in NRW. Andere Kreise seien insbesondere im Kulturbereich deutlich größer aufgestellt; neben ihm gebe es lediglich einen weiteren Mitarbeiter, der sich darum kümmere. Hinzu komme, dass die Pressestelle neben den wesentlichen Presseaufgaben auch noch den Internetauftritt und das Serviceportal betreue sowie z. B. Reden schreibe; in vielen anderen Pressestellen würden solche Aufgaben nicht wahrgenommen. Ferner handele es sich heutzutage um einen 7-Tage-Job.

Die CDU-Fraktion teilte mit, dass sie die in der Vorlage sowie mündlich vorgetragenen Argumente überzeugten. Eine vernünftige Informationspolitik sei auch gelebte Bürgernähe und daher gut investiertes Geld.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass sie darauf hingewiesen habe, dass die Aufgabenbereiche nicht unbedingt immer vergleichbar seien. Daher bestehe auch der Wunsch einer Auflistung. Sie könne die Äußerung der Verwaltung zwar gut nachvollziehen, allerdings könne gerade diese Argumentation eine Stellenplanausweitung nicht begründen.

Die GRÜNE-Fraktion erklärte, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu unterstützen; sie finde die Darstellung überzeugend. Auch sie halte die Bürgernähe für einen ganz wichtigen Aspekt. Des Weiteren dürfe man nicht die Pressestelle und das Büro des Kreistages gegeneinander ausspielen. Alle Abteilungen sollen gut ausstaffiert sein und die Mitarbeiter müsse man schützen; gerade die Pressestelle leiste derzeit Erhebliches.

Sodann verabschiedete der Kreisausschuss folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Deckung des Personalbedarfs im Referat 0.3 Presse, Kultur und Archiv eine EG-12-Stelle auszuweisen und im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen